

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 208

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 60.—

Halver

Dienstag, den 5. September 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 88 mm Breite
1.50 M., auswärts 2 M., im Anzeigenteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 8.— M.
Offerten-Beforgung 8.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Poincaré regte in einer Note an Lloyd George an, möglichst bald eine neue Konferenz zur Regelung der internationalen Schuldenfrage abzuhalten.

* Der französische Ministerrat hat die Beschlüsse der Reparationskommission nur zur Kenntnis genommen und sich seine weitere Handlungsfreiheit vorbehalten.

* Als Delegierte der belgischen Regierung werden Delacroix und Bemelmans am Montag zu Verhandlungen mit der Reichsregierung in Berlin erwartet.

* Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend seiner Kundgebung vom 11. August 1922 die Reichswehr das „Deutschlandlied“ als Nationalhymne zu führen hat.

* Die Preussische Staatsregierung will sofort sehr scharfe Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen des preussischen Ministerrats gegen Bücher und Teuerung veröffentlichten, die u. a. zur sofortigen Anbringung von Preisschildern und zur Einhaltung der Gewichte, insbesondere bei Brot, verpflichten.

* Die Türken haben die griechischen Stellungen zwischen Dumlupinar und Mudrag besetzt. Die in dieser Gegend entbrannte Schlacht soll mit einem Siege der Türken geendet haben.

Konferenzsehnsucht.

Diesmal ist es Herr Poincaré, der den Zusammentritt der nächsten Konferenz kaum erwarten kann. Wenige Stunden, nachdem die Reparationskommission ihren Beschluß auf das deutsche Stundungsgeßuch gefaßt hatte, war auch schon wieder eine Note von ihm nach London unterwegs, daß man nun unbedingt sehr bald wieder zu einer neuen Konferenz zusammenkommen müsse. Der französische Ministerpräsident hat eingesehen, daß ein enger Zusammenhang zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Reparationsleistungen besteht, und daß man nun in diesen Haupt- und Staatsfragen endlich irgendwie zu einer Verständigung unter den Kriegverbündeten gelangen müsse.

Herr Poincaré sucht möglichst gute Miene zum bösen Spiel der Valfour-Note vom 1. August zu machen und mit mühsam festgehaltener Sachlichkeit seinen abweichenden Standpunkt den Engländern klarzumachen. Dabei versteigt er sich zu der tößlichen Behauptung, daß die Entente-Regierungen zum erstenmal in der Geschichte beschloffen hätten, von dem besiegten Lande keine Kriegskosten zu fordern. Welche Summen wir also erst zu hören bekommen hätten, wenn man uns in Versailles auch die eigentlichen Kriegskosten, in dem Sinne, den die Franzosen darunter verstehen, aufgebürdet hätte, davon kann ein normales Menschenhirn sich schon gar keine Vorstellung mehr machen. Poincaré hält also auch jetzt noch an dem Märchen fest, daß wir nur „wiedergutzumachen“ hätten, während doch schon das deutsch-amerikanische Abkommen vom Juli d. Js. ihn darüber hätte belehren sollen, daß die Vereinigten Staaten in dieser Beziehung ungemein engeren — und gerechteren Auffassungen huldigen. Er sucht dann des weiteren Unterzügen zu machen zwischen den verschiedenartigen Schulden, die sein Land während des Krieges in England und Amerika und anderswo eingegangen ist, um daraus bestimmte Forderungen hinsichtlich der Dringlichkeit dieser Zahlungsverpflichtungen abzuleiten. Er ist sogar so unartig, gewisse Berechnungspraktiken bei der Überweisung von Material und Lebensmitteln zwischen England und Frankreich hervorzubringen, und dabei zwischen den Zeilen anzudeuten, daß man damals in England den Wert dieser Lieferungen ungleich höher bemessen habe als in Frankreich. Er spricht von der Notwendigkeit einer Überprüfung dieser Vorgänge — was zweifellos in London sehr angenehm berühren wird! — er will den Betrag seiner Schulden auf gerecht und gleichmäßig zu berechnender Grundlage festgesetzt sehen, und streicht auch sonst die französische Schuldenpraxis gegenüber derjenigen der Alliierten nach Kräften heraus. Das alles aber immer unter der Voraussetzung, daß zunächst die ungleich dringlicheren deutschen Kriegsschulden beglichen werden müßten, weil Frankreich vorher keineswegs in der Lage sei, an die Begleichung der interalliierten Schulden zu denken. Das gibt Herr Poincaré seinem lieben Freunde Lloyd George auch zum Schluß des langen Schreibens noch einmal sehr höflich zwar, aber doch auch recht einbringlich zu hören, und unter diesem Vorbehalt will auch er jetzt die allgemeine Regelung der Schulden, wenn sie um den Preis gegenseitiger Opfer durchgeführt würde, für die Menschheit gewinnbringend finden. Der britische Premierminister bekommt also zur Abwechslung einmal die Samtpfötchen Poincarés zu spüren; man scheint in Paris, nach dem Beschluß der Reparationskommission, es für richtiger zu halten, versuchsweise einmal etwas mildere Saiten aufzuziehen.

Zunächst aber werden, ehe diese neue Konferenz zusammentritt, zwischen Deutschland und Belgien Sonderverhandlungen über die Auslieferung der Schatzscheine und die Beschaffung ausreichender Bürgschaften für sie schon Anfang der neuen Woche beginnen. Die Herren Delacroix und Bemelmans haben uns ihren Besuch schon angekündigt, und man wird dann bald sehen, wie der Hase läuft. Die Belgier geben sich recht zuversichtlich, wobei sie indessen, wie uns scheint, Gefahr laufen, die Deutschland noch verbliebenen Möglichkeiten wirklich tragfähiger Garantien zu überschätzen. In Paris will man ihnen einreden, daß sie, da das deutsche Stundungsgeßuch abgelehnt wurde, sich nur auf zahlungsgleiche Verpflichtungen Deutschlands einlassen dürften. Wenn wirklich so verfahren werden soll, dann können die Herren sich ihre Berliner Reise ruhig sparen. Besteht aber bei ihnen auch nur die Spur eines wahren Verständigungswillens, so wird sich schließlich doch wohl in den Verhandlungen mit

unserer Regierung noch ein gangbarer Ausweg finden lassen. Den Belgiern muß daran nicht minder gelegen sein als ihren deutschen Schuldnern.

England und die Schuldenkonferenz.

Aber die Frage, ob die englische Regierung bereit sei, den französischen Vorschlag einer Konferenz aller Verbündeten alsbald zu verwirklichen, zeigt man sich in offiziellen Kreisen in London sehr reserviert. Es hat den Anschein, als ob die englische Regierung nicht gerade geneigt sei, eine solche Konferenz zu überführen, sondern glaubt, daß das nächste Datum für die Konferenz Ende November oder sogar erst Mitte Dezember sein wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Söbe über den Anschluß Österreichs.

Der Reichstagspräsident Söbe betonte in Wien in einer Unterredung, daß eine radikale Lösung der österreichischen Krise einzig und allein in der politischen und wirtschaftlichen Vereinigung mit Deutschland zu suchen sei. Trotz aller jetzigen Hindernisse glaube er an die Möglichkeit, die Abgeordneten Österreichs noch in verhältnismäßig jungen Jahren im deutschen Parlament begrüßen zu können. Wenn die europäische Krisis einmal ihren Gipfelpunkt erreicht haben werde, müsse die Erkenntnis durchdringen, daß dem internationalen Übel nur mit internationalen Mitteln abzuhelfen sei, und dann werde das untrüfliche Friedenswort von St. Germain von selbst zusammenbrechen, mit ihm aber auch die Schranken zwischen Österreich und Deutschland.

Gegen die französischen Truppen im Saargebiet.

Die deutsche Regierung hat beim Völkerrund erneut Einspruch gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet erhoben. In der deutschen Note wird u. a. gesagt, daß die Zahl der französischen Truppen im Saar-gebiet trotz einer gewissen Verringerung immer noch einige tausend betrage, und daß dies dem Versailler Vertrag widerspreche. Mit dem Charakter eines Abstimmungsgebietes ist es unvereinbar, daß in ihm Truppen einer Macht belassen werden, die an dem Ergebnis der Volksabstimmung interessiert ist. Nachdem von der 15jährigen Frist bis zur Volksabstimmung bereits mehr als ein Sechstel verstrichen ist, erscheint der deutschen Regierung die Zurückziehung der französischen Truppen und ihre Ersetzung durch eine örtliche Gendarmerie als eine der dringlichsten Aufgaben, die zur Sicherung einer freien Abstimmung erforderlich ist.

Ein neuer französischer Übergriff.

Am 31. August haben in Wiesbaden französische Polizeibeamte den Regierungssassessor Dr. Prange verhaftet, als er im Begriff stand, sich von seiner Wohnung nach der Regierung zu begeben. Die Polizeibeamten haben dann in Gegenwart Pranges sein Geschäftszimmer und dessen Sekretariat durchsucht, dort sämtliche Aktenverzeichnisse durchgesehen, eine große Anzahl von Aktenbänden der Regierung und einen großen Teil der in Bearbeitung befindlichen dienstlichen Schriftstücke über politische Angelegenheiten beschlagnahmt und mitgenommen. Im Anschluß daran wurde auch die Privatwohnung Dr. Pranges durchsucht.

Freistaat Danzig.

× Polnisches Munitionslager in Danzig! Der Völkerrundrat hat in einer sehr bewegten Sitzung die für Danzig so außerordentlich wichtige Frage des polnischen Kriegsmaterial- und Explosivstofflagers auf dem Gebiet der Freien Stadt im polnischen Sinne entschieden. Er bestätigte die Entscheidung des Generals Halting, die ein künftiges Munitionslager auf dem rechten Ufer der Großen Weichsel und bis dahin ein vorläufiges Lager auf der Holm-Insel, also in der Stadtanlage selbst, vorzieht. Der Protest des Präsidenten der Freien Stadt, Dr. Sahm, der auf die ungeheure Gefährdung der Stadt und ihrer Bewohner durch die ständige Explosionsgefahr hinwies, blieb ohne Wirkung. Dieser Beschluß, den polnischen militärischen Interessen die Sicherheit der Danziger Bevölkerung zu opfern, mußte um so niederschmetternder wirken, als Polen in dem Kriegshafen Gdingen nach dem Urteil maßgebender Sachverständiger den geeigneten Platz für die Anlage eines Munitionslagers besitzt.

Italien.

× Nitti schlägt einen Zollverein vor. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti erklärte einem Berichterstatter des Blattes „Piccolo“ gegenüber den Plan des österreichischen Bundeskanzlers Seipel betreffend eine italienisch-österreichische Zollunion für einen undurchführbaren Gedanken. Er würde aber als wirksameres Mittel vorschlagen, wenn der Augenblick des Eingreifens für die Regierung gekommen sei, alle österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, nämlich Italien, Ungarn, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Rumänien in einem einzigen Zollgebiet zu vereinigen und so eine weite wirtschaftliche Einheit und einen mächtigen Zollverein mit 120 Millionen Menschen zu schaffen. Einen anderen Weg des Heils gebe es nach seiner Meinung nicht.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das preussische Ministerium des Innern hat das Erscheinen der Deutschen Allgemeinen Zeitung auf die Dauer von einer Woche verboten wegen zwei Artikeln, in denen der Reichsregierung vorgeworfen wurde, sie habe sich durch Unzuverlässigkeit unmöglich gemacht.

Genf. Das Ransensche Hilfswerk zugunsten der Gefangenen und der russischen Flüchtlinge, das 427 888 Gefangene in den letzten Jahren umfaßte, ist so gut wie beendet. Die Hilfsaktion für die russischen Flüchtlinge konnte bis jetzt 10 000 Emigranten aus Konstantinopel in andere Länder befördern.

Paris. Der Präsident der Generalbeschaffungskommission für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat heute einen Abschluß mit Hugo Stinnes getätigt für Lieferung von Baumaterialien für die der Gesellschaft angegliederten Beschaffungsstellen.

Angora. Der Vormarsch der türkischen Abteilungen geht in fast allen Abschnitten weiter. Die Griechen ziehen sich unter Verlusten zurück. In dem türkischen Angriff sollen nach Meldungen aus Athen französische und italienische Flugzeuge teilgenommen haben.

Köln. Durch eine Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission ist das Erscheinen der Kölnischen Zeitung vom 7. bis einschließlich 10. September verboten worden.

Geben wir Schatzwechsel?

Vor neuen Beratungen in Berlin.

Staatssekretär Schröder ist am Sonnabend aus Paris zurückgekehrt und hat dem Reichskanzler Vortrag gehalten. Die Regierung wird versuchen, in irgendeiner Form die Garantien zu finden, die für die Deckung der Schatzwechsel notwendig sind. Da es in der Mitteilung der Reparationskommission heißt, daß nur für den Fall der Nichtverständigung die Goldgarantie der Reichsbank in Frage komme, ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Garantie für den Fall der Verständigung auch in anderen Mitteln bestehen kann.

Der belgische Ministerpräsident Theunis sagte, er vertraue darauf, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen zu einem gezielten Abschluß gelangen würden. Da die Sechsmonatswechsel, die Belgien von Deutschland erhalten, durch wertvolle Garantien gedeckt sein würden, werde es nicht schwer fallen, sie diskontieren zu lassen. Vertweigere Deutschland die der belgischen Regierung notwendigen erscheinenden Garantien, so müsse es nach dem Beschluß der Reparationskommission Gold im vollen Betrag der Wechsel in ausländischen Banken, die Belgien bestimmen würde, hinterlegen. — Demgegenüber glaubt das Pariser Blatt „Deuvre“ zu wissen, daß es vorläufig nicht in Belgien Absicht liegt, von Deutschland die Hinterlegung einer Goldsumme in ausländischen Banken zu verlangen. Die belgischen Delegierten, die nach Berlin kämen, wollten im Gegenteil die Garantieforderung ohne Schärfe und unter Vermeidung aller Zwangsmittel rein geschäftlich behandeln und regeln.

Berlin-München.

Nachworte zum bayerischen Konflikt.

Bei der Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Karpfham kam Ministerpräsident Graf Derscheid in seiner Eröffnungsansprache auch auf innerpolitische Fragen zu sprechen. Er betonte, daß die Bedeutung der Berliner Abmachungen in der Hauptsache darin läge, daß nach den bestimmten Zusicherungen der Reichsregierung nunmehr mit der Zentralisierung endgültig Schluß gemacht worden sei. — Die Verhandlungen mit Bayern wurden auch im

Überwachungsansatz des Reichstages

nachträglich einer Diskussion unterzogen. Die Unabhängigen behaupteten, bezüglich des süddeutschen Sonderstatus beim Staatsgerichtshof und bezüglich des Reichsstriminalgesetzbuchs seien Überschreitungen der Reichsgesetze durch die Regierung begangen worden. Demgegenüber erklärte Dr. Wirth, daß die Vereinbarungen der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung keinesfalls ein Aufgeben der Hoheitsrechte oder eine Bevorzugung Bayerns gegenüber den anderen deutschen Ländern bedeuteten. Reichsjustizminister Dr. Radbruch betonte, daß die Reichsregierung es abgelehnt habe, daß die Schranken der Schutzgesetze in irgend einer Weise durchbrochen werden und zweitens sei jeder Reservatspolitik energischer Widerstand geleistet worden. Auch Reichsminister des Innern Dr. Köster stellte fest, daß die Gesetze nicht verletzt sind. Die Exekutive nach dem Reichsstriminalpolizeigesetz besteht nach wie vor. Die Redner der bürgerlichen Parteien stellten sich auf den Standpunkt, daß die Regierung in dieser Angelegenheit durchaus richtig gehandelt habe.

Münchener Putschgerüchte.

Linksstehende Berliner Blätter verbreiten Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden „Rechtsputsch“ in Bayern. Selbst die Führer der bayerischen Volkspartei hätten Alarm gegen die Gefahr eines Umsturzes geschlagen. In München hänge ein Aufruf, unterzeichnet von Dr. Heim und vom Landtagspräsidenten Königsbauer, an allen Straßenecken, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, den Putschbestrebungen entgegenzutreten. Die Putschisten hätten sich im Oberland gesammelt und mit allen Teilen ihrer Verbände Quartier bezogen.

Forstrat Escherich, der frühere Führer der Escherich-Organisation und der bayerischen Oberländer, verurteilt in der Presse eine Auslassung, in der u. a. gesagt wird: „Die Selbständigkeit Bayerns zu erhalten ist unser Recht und unsere Pflicht. Das größte Gut aber ist die deutsche Einheit. Nur auf dem Wege über die Erhaltung dieser Einheit kann geschehen, was wir erstreben. Straßenkundgebungen sind dazu kein gangbarer Weg. Durch den Druck der Straße auf die Regierung und Volksvertretung wird die Staatsautorität zerstört.“

Amerikas moralische Pflicht.

Eoz für schnelle, Harding für spätere Hilfe.

Gouverneur Eoz hielt in London eine Rede, in der er die Notwendigkeit betonte, daß Amerika sich bei den Schwierigkeiten in Europa nicht abseits halten dürfe. Die Leute, die der Ansicht seien, daß Amerika sich nicht um die verwickelte Lage in Europa kümmern solle, vergäßen nämlich, daß das egoistische Arbeitssystem zu der gegenwärtigen Lage beigetragen habe, und daß ferner die wirtschaftlichen Sachverständigen übereinstimmend der Meinung seien, daß ohne eine ebeilmittige Teilnahme der Vereinigten Staaten jede wirkungsvolle Lösung der

Schwierigkeiten unmöglich sei. So lange Amerika sich nicht mit den andern Nationen der Welt verbände, um den Frieden zu erhalten, habe es kein Recht, über Abrüstung zu sprechen. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und England müßten unter allen Umständen in herzlichen Beziehungen bleiben und müßten anerkennen, daß es notwendig sei, in Deutschland eine fähige und aufrichtig demokratische Regierung aufrechtzuerhalten.

In einer teilweisen Übereinstimmung mit dieser Rede steht eine Meldung aus Washington. Danach wird im Weißen Hause erklärt, Amerikas Teilnahme an einer Erörterung des Reparationsproblems werde sich künftig als unvermeidlich erweisen. Augenblicklich sei der Präsident der Ansicht, die Nationen Europas sähen jetzt ein, daß eine Wiederherstellung der ganzen Welt von der Regelung der Frage der internationalen Schulden und der Reparationen abhängt. Wenn der Rat der Vereinigten Staaten gebraucht würde, werde Amerika nicht abseits stehen.

Ein ernstes Wort — leider vor tauben Ohren — hat auch der Senator Hitchcock im Senat in Washington gesprochen. Unter Bezugnahme auf die durch französische Regentruppen am Rhein begangenen Verbrechen erklärte er, es wäre Pflicht der amerikanischen Regierung, Frankreich die Ersetzung der schwarzen durch weiße Truppen nahelegen. Wir sitzen, sagt er, untätig dabei, während Frankreich in seiner Torheit dazu übergeht, die deutsche Republik zu zermalmen durch seine Reparationsforderungen, die, wie die Welt weiß, Deutschland gegenwärtig nicht erfüllen kann. Aber wir sind als Nation zum Teil dafür verantwortlich, daß sich das Rheinland unter militärischer Besetzung befindet, und es ist unser Recht und unsere Pflicht, dagegen zu protestieren, halbivilisierte schwarze Truppen bei einer weißen Bevölkerung einzunquartieren, wo sie als Eroberer erscheinen und als Verbrecher auftreten. — Der Senat faßte keinen Beschluß über die Anregung Hitchcocks, wie überhaupt von Kennern Amerikas auch in Deutschland erklärt wird, man dürfe sich keine Hoffnungen machen, daß Amerika bald aus seiner Untätigkeit in europäischen Fragen heraustreten werde.

Der Kampf gegen die Teuerung.

Unterstützungsaktion für Rentenempfänger.

Berlin, 3. September.

Im Rahmen der von der Reichsregierung unternommenen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage ist vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe sozialer Maßnahmen

in die Wege geleitet worden.

Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen. Zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von 1 Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden oder beide zusammen sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens ein Fünftel der auszuwendenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Linderung der Notlage der Sozialrentner verwendbar sind.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Heraushebung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohns vorgesehen; außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert werden.

Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung von Kleinrentnern sind von 500 Millionen auf 1 Milliarde erhöht worden.

Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für den Monat September um durchschnittlich 66 2/3 Prozent erhöht worden. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird. Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind von 500 Millionen auf 1 Milliarde Mark erhöht worden.

Erklärungen des Reichswirtschaftsministers.

Über die Maßnahmen der Reichsregierung zum Kampf gegen Wucher und Teuerung äußerte sich der Reichswirtschaftsminister Schmidt in bemerkenswerter Weise. Er wies auf die Erhöhung der Aus-

fuhrabgabe und auf die Einfuhrverbote für Tabak, Hummern, Kakaoschalen und Kakaomasse hin. Für weitere Einfuhrverbote, z. B. von Süßfrüchten, bedürfe es der Zustimmung des Ernährungsministeriums. Die Einfuhr von Kakaobohnen bleibe frei. Die Einfuhrsperre für Tabak sei nicht als dauernd gedacht. Sie werde aufgehoben werden, sobald die außerordentlichen Zollerhöhungen, die die Regierung für notwendig halte, in Kraft getreten sein würden.

Getreide, Kartoffeln, Bier, Zucker.

Auf dem Gebiete der Ernährung stehe der Getreidemalagepreis wieder zur Entscheidung. Der Kartoffelpreis erweise gegenwärtig nicht übermäßig hoch; an die Wiedereinführung einer Kartoffelzwangswirtschaft werde man daher wohl kaum zu denken brauchen. In der Bierfrage habe kein deutscher Bundesstaat gegen die Herabsetzung der Stammwürze grundsätzlichen Einspruch erhoben; Bayern wünsche nur eine Ausnahme für sein Exportbier. Das Verbot des Branntweinausschanks werde in kurzem weiter eiert werden. Gegen die Schlemmerei in den Gastwirtschaften befähigen die Gemeinden schon gute Handhaben, da sie die Konzession beschränken können; es solle trotzdem durch ein neues Gesetz die Konzeptionspflicht noch verschärft werden. Gegenüber Wucher und willkürlicher Preiserhöhung seien die gesetzlichen Bestimmungen scharf genug. Beim Zucker dürfe die Rückkehr zur Zwangswirtschaft unvermeidlich sein; leider lasse sie sich wohl für diese Kampagne nicht mehr durchführen.

Die Marktlage.

Noch gar keine Entscheidungen seien auf dem finanzpolitischen Gebiet gefällt. Außer der Devisenkontrolle brauchen wir kurzfristige Goldschmelze, um der Flucht aus der deutschen Mark in die fremde Devisen entgegenzuwirken. Es sei bekannt, daß man in Dollar zu rechnen und neuerdings sogar in Dollar zu handeln begonnen habe. Wenn gegen diese Marktlage nichts unternommen werde, werde das ganze Wirtschaftsleben zerrüttet und die Konsumkraft weitestens Bevölkerungskreise zerstört werden.

Einschränkung der Brotversorgung.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch die die öffentliche Brotversorgung auf die Minderbemittelten beschränkt werden soll. Als nicht versorgungsberechtigt werden diejenigen Personen erklärt, deren Einkommen 1921 für Alleinstehende 30 000 Mark, für den Haushaltswortstand 30 000 Mark und für jede weitere Person im Haushalt 10 000 Mark überstiegen hat. Wer nachweist, daß sein Einkommen 1922/23 das Dreifache des soeben angegebenen Einkommens nicht übersteigt, bleibt versorgungsberechtigt. Hiernach würde also eine Familie mit zwei Kindern erst bei einem Einkommen von mehr als 180 000 Mark im nächsten Wirtschaftsjahr von der öffentlichen Brotversorgung ausgeschlossen sein.

Preußens Maßnahmen gegen Wucher und Preistreibeerei.

Das preußische Staatsministerium befaßt sich mit einer Besprechung der Maßnahmen, die für eine Bekämpfung von Wucher und Preistreibeerei auf dem Lebensmittelmarkt und bei den lebenswichtigen Bedarfsartikeln in Frage kommen. Es wurde u. a. die Wiedereinführung des vielerorts nicht mehr bestehenden Zwanges zur Preisauszeichnung sämtlicher Waren und besonders genauer Gewichts- und Preisauszeichnungen des Backwerks vorgeschlagen. Die Notwendigkeit einer Einschränkung der Zahl der immer mehr überhandnehmenden Ausschankstätten von Wein und Likören wurde einstimmig anerkannt. Ferner setzte sich das Staatsministerium für den großzügigen und umfassenden Ausbau der für den Winter geplanten Volkshäuser und Massenverpflegungen ein.

Totales und Provinzielles.

Halber, 5. September 1922.

Der größte Sprung auf dem Gebiete der Preiserhöhung ist soeben in der Zeitungspapierindustrie vorgenommen worden. Ein Rilo Zeitungsdrukpapier hat im Frieden rund 20 Pfennig gekostet. Nach und nach ist dieser Preis auf rund 28 Mark je Kilogramm gestiegen. Ende der vorigen Woche erhöhte der Druckpapierverband diesen Preis auf — 85 Mark je Kilogramm. Diesen Preis hat die Großpresse zu zahlen. Die kleinere Presse, die

nicht in der Lage ist, große Mengen Papier auf einmal abzuschließen, wird erheblich mehr zahlen müssen; man spricht von etwa 100 Mark je Kilogramm, so daß der einfache Bogen unbedruckten Papiers sich auf etwa 1,60 Mark stellen dürfte. Rechnet man diesem Papierpreise noch alle anderen Ausgaben des Zeitungsverlegers hinzu, die ebenfalls ins Riesenhafte gestiegen sind, so kann man leicht feststellen, wie hoch die Bezugsgebühr eines Volablattes sein muß, bei dem der Verleger seine Rechnung finden soll.

Was ist Friedensmiete? Es sind Zweifel darüber entstanden, welche Miete als Friedensmiete der Berechnung der gesetzlichen Miete zugrunde zu legen ist, wenn das Mieteinigungsamt unter der Herrschaft der Höchstmietenanordnung die Höhe der Friedensmiete z. B. im Falle von Unklarheiten festgestellt oder auf Antrag des Vermieters beim Vorlegen besonderer Gründe eine Erhöhung der am 1. Juni 1914 tatsächlich gezahlten Miete auf die ortsübliche Friedensmiete vorgenommen hat. Zur Klarstellung diene folgendes: Nach der Tendenz des Reichsmietengesetzes ist bei der Berechnung der gesetzlichen Miete grundsätzlich von dem Mietzins auszugehen, der für die mit dem 1. Juli beginnende Mietzeit tatsächlich gezahlt worden ist. Lediglich hierauf kommt es an; es ist bedeutungslos, ob das Mieteinigungsamt unter der Höchstmietenanordnung einem Antrag des Vermieters auf Erhöhung der Friedensmiete stattgegeben hat. Nur in einem Falle ist die Entscheidung des Mieteinigungsamtes maßgebend, nämlich dann, wenn das Mieteinigungsamt vor dem 1. Juli 1922 die zwischen den Parteien strittige Höhe der Friedensmiete ermittelt und durch einen Beschluß festgestellt hat. In diesem Falle bildet der vom Mieteinigungsamt festgestellte und als vereinbart anzusehende Mietzins die Friedensmiete.

Halber, 4. Sept. Alt-Heidelberg. Im Saale der Karlshöhe ging bei vollbesetztem Hause gestern nachmittag das Schauspiel „Alt-Heidelberg“ über die Bretter. Herr Walter Hageböcker hat mit Radevormwalder Dilettanten das große Volksstück in packender Weise zur Aufführung gebracht. Die Hauptrollen: Erbprinz Karl Heinz (Walter Hageböcker), Kathi, Kellermann, Kammerdiener Lutz usw. waren in guten Händen. Die großartige Bühnendekoration und wertvollen Kostüme verliehen der Aufführung ihren vollen Glanz; wenn auch der bei solchen Gelegenheiten nötige Lichteffekt ein gutes Stück zum vollen Gelingen beiträgt, so müssen wir doch sagen, die Schauspieler haben es meisterhaft verstanden, ihre Rollen in vortrefflicher Weise wiederzugeben. Herrn Hageböcker, der sich das Aufführungsrecht für Halber erworben hat, gebühret Dank für dieses großartige Schauspiel.

Kierspe, 5. Sept. Das Reichspostministerium hat, wie wir erfahren, die Einrichtung einer Kraftpostlinie Kierspe-Bahnhof-Kierspe-Ort genehmigt. Das Ministerium hofft, den erforderlichen Wagen Anfang Oktober liefern zu können. Die Wagenbeschaffung ist allerdings sehr schwierig. In Aussicht genommen ist eine täglich sechsmalige Hin- und Rückfahrt mit Anschluß an den Fahrplan der Eisenbahn.

Bollme, 5. Sept. Der Pojaunenchor Bollme veranstaltet am Sonntag, den 10. d. Mts., 3 Uhr nachm. beginnend, im Saale des Herrn Alb. Krüsten zu Bollme sein 2. Jahresfest verbunden mit Kaffeetrinken. Wie im vorigen Jahre, wo der Saal gedrängt voll war, und alle Gäste durch die Darbietungen volle Zufriedenheit gefunden haben, will der Chor auch jetzt in der ersten Zeit alles bieten, die Herzen der Zuhörer zu erfreuen und erquicken. Es werden besonders die Gäste der Gemeinde Kierspe gebeten, rechtzeitig zu erscheinen, um zu ihrem Recht und Plätzen zu kommen. Jedermann wird herzlich eingeladen.

Brügge, 4. Sept. In der Eisenbahn auf das Gepäck achten. Eine Frau legte auf der Bahnfahrt von Brügge nach Lüdenscheid in einem besetzten Abteil 4. Klasse ihren Hut ab und brachte ihn auf der Gepäckbank des Abteils unter. Als sie ihn am Bahnhof Lüdenscheid wieder aufheben wollte, war er verschwunden.

Hagen, 2. Sept. Bei dem heute vormittag gegen 1/9 Uhr im Bahnhof Westhofen erfolgten Zusammenstoß handelt es sich um den Vorzug Bz. 613 und den ab Hagen-Hbf. vormittags 8,12 Uhr fahrenden Hauptzug. Des regen Verkehrs wegen war heute der Vorzug eingelegt; er war nicht allzu stark besetzt. Aus bisher nicht

die Sonne aussieht, hast ja den Kopf voll Sonnenstrahlen! Dem jungen Mädchen war infolge des Sturmstretches, den der Onkel bei der Entführung angenommen, der Hut vom Kopfe gefallen, wobei eine außergewöhnliche Fülle blonden Haars sichtbar wurde, dessen klarer Goldglanz um so mehr auffallen mußte, als ihre sehr schön gezeichneten Augenbrauen und die langen Wimpern tief schwarz waren.

Aus einer Seitentür war indessen eine alte Frau getreten, und oben am Treppengeländer des ersten Stockwerks zeigten sich einige Männergesichter, die jedoch schnell wieder verschwanden, als der Oberförster hinaufstiege. „Na, lauft nur nicht davon, gesehen hab' ich euch nun schon einmal!“ rief er lachend. „Es sind meine Burschen“, wendete er sich zu seinem Bruder, „die Kerls sind neugierig wie die Spahen; nun, heute mag ich's ihnen nun gerade nicht verdenken!“ meinte er schelmisch lächelnd mit einem heimlichen Seitenblick auf Elisabeth, die ihre gelösten Flechten wieder um den Kopf schlang. Dann nahm er die alte Frau bei der Hand und führte sie in feierlich-komischer Weise folgendermaßen vor: „Jungfer Sabina Holzlin, Minister der inneren Angelegenheiten des Hauses... Bringt sie das Essen auf den Tisch, so folgt getrost ihrem Wink, denn ihr geht einen guten Weg, laßt sie sich aber bedrohlicher Weise an, ihre Sagen und Geistergeschichten auszutragen, so lauft, was ihr laufen könnt, denn da gibt's kein Ende... Und nun,“ wandte er sich zu der lachenden Alten, „bringe schnell, was Küche und Keller vermögen. Hast ja deshalb die Pfingsttuchen früher gebäckt, damit die Reisenden gleich was Frisches einzubrocken hätten.“

Damit zeigte er nach der Küche und öffnete zugleich die Tür einer geräumigen, hellen Eckstube. Alle traten ein, nur Elisabeth konnte nicht unterlassen, noch einen Blick durch die große Tür zu werfen, die nach dem Hofe führte; denn durch das weiße Gitter, das den weiten, von Geflügel aller Art bevölkerten Raum auf zwei Seiten umschloß, leuchteten farbtige Blumenbeete, und einige spätblühende Apfelbäume streckten ihre rosafarbenen Zweige weit in den Hof hinein. Während Elisabeth wie angefesselt sinnend im Hausflur lehnte, wurde die Tür eines Seitenflügels geöffnet, und ein junges Mädchen trat heraus. Es war auffallend hübsch, wenn auch fast zu klein von Gestalt, was, wie es schien, die Natur wieder auszugleichen gesucht hatte durch die weitgeöffneten großen Augen, die wie prächtige Sonnen flammten.

(Fortsetzung folgt.)

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

4

(Nachdruck verboten.)

„Gerber saß ihr sinnend gegenüber. Auch er ergötzte sich an der Lieblichkeit und Anmut der Gegend; noch mehr aber bewegten ihn die leuchtenden Augen seines Kindes, das den Zauber einer schönen Natur so tief empfand, und das so unaussprechlich dankbar war für die neue Gestaltung der Verhältnisse... Wie hatte sie fleißig die kleinen Hände gerührt, als endlich das heißersehnte Ernennungs-schreiben des Fürsten von L. gekommen war!“

In all dies rege Streben und Schaffen war nur ein einziger bitterer Tropfen gefallen, der dem jungen Mädchen aber auch einige schwere Tränen entlockte: das war, als zwei Männer kamen und ihr liebes Klavier auf die Schultern luden, um es dem neuen Besitzer zu bringen. Es hatte für wenige Taler verkauft werden müssen, weil es alt und gebrechlich war und voraussichtlich einen so weiten Transport nicht mehr aushalten konnte.

Noch ungefähr eine halbe Stunde fuhrten die Reisenden die glatte, ebene Landstraße entlang, dann bogen sie seitwärts ab in den dunklen Wald, durch den ein gut erhaltener Fahrweg lief. Welch ein prächtiger Wald! Aus dichtem Unterholze stiegen die mächtigen Baumriesen himmelan und verschlangen droben brüderlich ihre breiten, vollen Äste, als gelte es, Licht und Luft wie zwei tödliche Feinde von der stillen, verschwiegene Heimat abzuwehren. Nur manchmal schmuggelte sich ein feiner, grüngelbter Sonnenstrahl von Ast zu Ast hinab auf die Gräser und die kleinen Erdbeskränzen, die massenhaft, wie hingestrente Schneeflocken, den Boden bedeckten und ihre weißen Köpfechen vorwiegend an die Landstraße legten.

Nach kurzer Fahrt lichteten sich die Bäume und bald darauf zeigte sich das mitten auf einer Waldwiese gelegene alte Jagdhaus. Der Postillon stieß in sein Horn; zugleich erhob sich wütendes Hundegekläff, und eine große Schar Tauben verließ erschrocken und unter lautem Geräusch den gezackten Giebel des Hauses.

In der offenen Tür stand ein Mann im Jagdrock, eine wahre Hünengestalt mit einem ungeheuren Barke der fast bis auf die Brust reichte. Er hielt die Hand über die Augen und blickte anaeifrenat nach dem näher kommenden Wagen;

dann aber sprang er mit einem lauten Ausrufe die Stufen herab, riß den Wagenschlag auf und zog den herausspringenden Gerber an seine Brust... Beide Brüder hielten sich einen Augenblick schweigend in den Armen, bis der Oberförster den Angekommenen leise von sich schob und, ihn an den Schultern haltend, die ganze schmale, blasse Gestalt prüfend musterte.

„Armer Adolf!“ sagte er endlich, und die tiefe Stimme klang bewegt. „So hat dich das Schicksal zugerichtet? Na, warst nur, du sollst mir hier gesund werden, wie ein Fisch im Wasser... noch ist alles wieder gutzumachen... Sei mir tausendmal willkommen!“

Er suchte seine Nüchternheit zu beherrschen und half seiner Schwägerin und dem kleinen Ernst, den er herzte und küßte, aus dem Wagen.

„Nun,“ sprach er, „ihr seid früh aufgebrochen, das muß ich sagen — kommt sonst nicht vor, wenn Weissleute dabei sind!“

„Was denkst du denn von uns, Onkel?“ rief Elisabeth. „Wir sind keine Schlafmützen und wissen recht gut, wie die Sonne aussieht, wenn sie der Erde ihren ersten Morgengruß läßt.“

„Heiß!“ rief überrascht und laut lachend der Oberförster, „was rätst du denn da hinten in der Wagenede? — Na, komm heraus, kleine Arabel!“

„Ich klein?... Nun, Onkelschen, du wirst dich ja“ wunderte, wenn ich erst aufsteige, was für ein großes Mädchen ich bin!“ Mit diesen Worten sprang Elisabeth auf den Boden und stellte sich, alle Glieder möglichst streckend, auf die Zehen neben ihm.

„Siehste du,“ sagte sie, ich reiche doch beinahe bis an deine Schulter, und das ist für ein Mädchen mehr als genug.“

Der Onkel sah mit schalkhaftem Blick einen Augenblick seitwärts auf sie nieder; dann aber hob er sie plötzlich wie eine Feder vom Boden auf und trug sie unter dem Gelächter der anderen auf seinem Arme in das Haus, wo er mit wahrer Donnerstimmie schrie: „Sabine, Sabine, komm hierher, ich will dir zeigen, wie in B. die Zauntönnche ausssehen!“

Im Hausflur setzte er die Erschrockene sanft und vorsichtig wie ein zerbrechliches Spielzeug nieder, nahm ihren Kopf sanft zwischen seine beiden großen Hände, küßte sie wiederholt auf die Stirn und rief: „Solch ein Liliput, solch eine Mondscheinprinzessin, meinst, so groß zu sein, wie ihr großer Onkel... Kleine Waldhäre, du kannst freilich wissen, wie

Landwirtschaftliches.

Einheitsfront gegen Versailles.

Die nachstehende Kundgebung hat die Zentralkasse Vaterländischer Verbände und die Arbeitsgemeinschaft für Vaterländische Aufklärung gemeinsam mit den unterzeichneten Stellen verfaßt und abgesandt. Der Reichs-Landbund ist bekanntlich den oben genannten Verbänden angeschlossen und tritt der Kundgebung in ihrem gesamten Inhalt bei. Die angeschlossenen Verbände werden aufgefordert, auch ihrerseits eine gleiche Kundgebung an den Reichs-Landtag zu richten und in der Presse zu veröffentlichen.

Zur Herstellung einer geschlossenen außenpolitischen Front wird empfohlen, in die Kundgebung nichts zu bringen, was den inneren Frieden im letzten Augenblick gefährden könnte.

Reichs-Landbund.

Berlin, den 21. August 1922.

An den

Herrn Reichskanzler,

Berlin.

Die unerhörte Gewalttat der Franzosen droht den Zusammenbruch unseres Volkes endgültig herbeizuführen. Die Geldentwertung ist unaufhaltsam. Das Gespenst des Hungers und damit des Bürgerkrieges steht vor unserer Tür. Der Feind draußen am Rhein sieht es mit ruhiger Befriedigung; ja, ihm genügt der Versailler Schandvertrag noch nicht einmal!

Eine Einheitsfront des gesamten Volkes gegen den Versailler Vertrag, der die Ursache all unseres wirtschaftlichen Elends ist, bildet unsere einzige Rettung. Für diese Einheitsfront aller Parteien, Schichten und Klassen, der Regierenden und Regierten, treten die unterzeichneten Spitzenverbände, hinter denen Millionen organisierter Volksgenossen stehen, unter Hintansetzung innerpolitischer Gegensätze ein.

Möge die Befriedung dieses Willens zur Einigkeit im Kampfe gegen die Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes durch das Versailler Diktat der Regierung eine Stütze sein, um auf dem Wege des berechtigten Widerstandes, den sie beschritten hat, fortzufahren.

Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung.

Nationale Einheitsfront E. V.

Zentralkasse vaterländischer Verbände.

Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre in München.

„Wichtige Änderungen im Krankenkassenwesen.“

Unter dieser Überschrift brachten wir vor kurzem einen Aufsatz, der zur Entlastung der Krankenkassen for-

derle, die Versicherten einen Teil des ärztlichen Honorars selber tragen zu lassen. Hierdurch sollte erreicht werden, daß unnötige Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe unterbleibt. Die völlig freie ärztliche Behandlung bringt es nämlich teilweise mit sich, daß der Arzt wegen der geringsten Kleinigkeit aufgesucht wird, wodurch den Kassen nicht unerhebliche Auslagen erwachsen. Dieser Aufsatz hat erfreulicherweise lebhaften Widerhall gefunden und uns zahlreiche Zuschriften — teils zustimmender, teils ablehnender Natur — gebracht. Nachstehend veröffentlichen wir eine Kritik des Vorschlages, die von einem praktischen Arzt herrührt und Beachtenswertes enthält.

Schriftleitung.

Schon seit dem Krankenversicherungsgesetz (1883) bis zur Reichsversicherungsordnung (1911) im § 182 steht an der Spitze der für die Kassen obligatorischen Regelleistungen: freie ärztliche Behandlung und freie Arznei. Über diese Regelleistungen hinaus werden im § 179 den Krankenkassen noch fakultative Mehrleistungen anheimgestellt.

Der 1919 beginnende wirtschaftliche Aufschwung der Krankenkassen gestattete ihnen Mehrleistungen von zunehmendem Umfange, die z. T. im Anlauf von vielen Genesungsheimen bestanden. Das bedeutete eine Festlegung von Vermögenswerten, die sich nicht rentieren konnten. Nach dem vom Hauptverband der Ortskrankenkassen herausgegebenen Jahrbuch, Jahrgang 1920, hatte bereits 1919 der durch die Behandlung in Genesungsheimen verursachte Mehraufwand das 2½fache dessen betragen, was die Regelleistungen erfordert hätten. Dieses wirtschaftliche Ergebnis wirkte aber keineswegs abschreckend. Infolge der 1920 erzielten Überschüsse hatten allein 143 Ortskrankenkassen Mehrleistungen zu verzeichnen, darunter waren Anläufe von 32 Genesungsheimen und 16 andere Anstalten!

Daß solche Mehrleistungen die Krankenkassen heute in zunehmendem Maße wirtschaftlich belasten, ist natürlich. Anstatt nun, wie naheliegt, diese Mehrleistungen zu beschränken, soll die erste und allerwichtigste der Regelleistungen, die freie ärztliche Behandlung und Arzneiverforgung, verschwinden, soll ersetzt werden durch eine — natürlich von Kassenseite zu bemessende — Geldabfindung. Das kassenärztliche Honorar ist 1922 endlich auf das Zehnfache (1) der Friedensrate gestiegen; es beträgt gewöhnlich 11—16 Prozent der Krankenkassenausgaben und dürfte, wie vielfach vertraglich festgelegt, 22 Prozent der Beitragseinnahmen nicht überschreiten. Wenn also am Arzthonorar noch mehr gespart werden soll, so kann das nur dadurch geschehen, daß der Kranke durch die Mäßigkeit der Geldabfindung abgeschreckt wird, den Arzt rechtzeitig aufzusuchen.

„Greift diese Regelung Platz,“ dann allerdings ist die Krankenversicherung, die einzige Hilfe des Arbeiters im Krankheitsfalle, in schwerer Not.“ — Dr. W.-I.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		2. 9.		1. 9.		Stand 1. 8. 14
		gekauft	angeb.	gekauft	angeb.	
Dolland	100 Guld.	51285,00	52035,00	48938,75	49081,25	170 M.
Dänemark	100 Kron.	23764,00	23836,00	27765,25	27884,75	112
Schweden	100 Kron.	35455,00	35544,00	34953,25	35043,75	112
Norwegen	100 Kron.	22247,15	21802,85	21573,00	21627,00	112
Schweiz	100 Frank.	25518,05	25581,95	24569,25	24630,75	72
Amerika	1 Dollar	1348,24	1351,69	1293,37	1301,63	4,40
England	1 Pf.	5967,50	5982,50	5593,00	5607,00	20,20
Frankreich	100 Frank.	10133,90	10483,10	10087,35	10112,65	80
Belgien	100 Frank.	9937,55	9982,45	9383,30	9387,70	80
Italien	100 Lire	5892,60	5907,40	5617,95	5632,05	80
D.Österr.	100 Kron.	1,90½	1,94½	1,78	1,82	85
Ungarn	100 Kron.	59,92	60,08	55,94	56,07	85
Tschechien	100 Kron.	4414,45	4425,55	3870,15	3879,85	85

Berlin, 2. September. Stand der Polenmark: 16—16,75 M.

* Berliner Produktendörse vom 2. September. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 2750—2825. Billiger. Roggen, märkischer 2200—2250, pommerscher 2100, schlesischer 2100—2200, westpreussischer 2100—2150. Feist. Sommergerste 2100—2200, Wintergerste 2000. Behauptet. Hafer, märkischer 2550—2600, schlesischer 2400—2550. Feister. Mais ohne Probenanzahlung loco Berlin 2350—2450, ab Hamburg 2350—2400. Feister. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 7800—8300, feinste Marken über Notiz bezahlt. Wenig verändert. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 6100—6500. Etwas fester. Weizenkleie 1600—1700. Matt. Raps 3600—3700. Stettin. Erbsen, Victoria 4800—5000, kleine Speiserbsen 4000—4100. Futtererbsen, Beluschen, Aderbohnen 2600—3000, Lupinen, blaue 1600—1700, gelbe 1700 bis 2000. Rapskuchen 1900, Trodenschnitzel 1900, vollwertige Zuckerschnitzel 2000—2300, Torfmetalle 30—70 1300 M. — Rauchfütter (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 530—570, desgleichen Haferstroh 530—570, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 490—530, gebündeltes Roggenlangstroh 530—570, loses und gebündeltes Stummstroh 430—470, Häcksel 610—650, handelsübliches Heu 550—620, gutes Heu 620—670 M.

Steckenpferd- Seife

die beste Seifenmischseife für zarte weiße Haut
Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.



Bettfedern Bettbarchent

alles einzeln oder komplett, billig zu haben im
Bettengeschäft Boß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

Waldbestände

Buche, Eiche,
Birke, Erle etc.

zu höchsten Preisen gesucht.
Vermittler hohe Provision.
Angebote unter S. 250
an die Geschäftsstelle des
Allgem. Anz., Halver.

Inserate

für die
Tagesausgabe
erbitten wir bis spätestens
3 Uhr nachm.
tags vorher.

Größere Anzeigen
wollen man früher auf-
geben, da sonst für
eine schöne Aus-
stattung und gute
Platzierung keine
Gewähr übernommen
werden kann.

Der Verlag

Westfalenkalender 1923

30. — Marl.
vorrätig
Buchhandlung
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Statt besonderer Anzeige.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten was man hat,
Muß scheiden.

Heute morgen 4 Uhr entschlief sanft
und gottergeben nach langem, schweren,
mit grosser Geduld ertragenem Leiden,
meine liebe Frau, meine herzensgute,
treusorgende Mutter, unsere liebe Tochter,
Schwester, Schwiegerin und Tante

Ehefrau Emil Ahlhaus

Ida geb. Steller

im Alter von 38 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Emil Ahlhaus,
Charlotte Ahlhaus.

Halver, Haspe und Plettenberg,
den 3. September 1922.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den
6. September, nachm. 4 Uhr vom Sterbehause
aus statt.
Von Beileidsbesuchen wolle man bitte
Abstand nehmen.

Bekanntmachung.

Der Eisenbahnsekretär Ernst Köhler in Ehring-
hausen ist aus der Gemeindevertretung ausgeschieden.
Zwecks Feststellung des in die Gemeindevertretung
eintretenden Ersatzmannes tritt der Wahlauschuss
am Donnerstag, den 7. ds. Mts., vormittags
10 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses hier zusammen.
Halver, den 2. Sept. 1922. Der Amtmann

Amt Lüdenscheid.

Die Ausgabe der Brotmarken findet wie folgt
statt:
in Brügge und Augustenthal Donnerstag, den 7. Sep-
tember 1922, 9—12 Uhr, 2—5 Uhr,
in Obergahmede Freitag, den 8. September 1922,
9—12 Uhr, 2—5 Uhr,
in zum Hölle Freitag, den 8. September 1922,
9—12 Uhr,
in Mühlenrahmede Freitag, den 8. September 1922,
2—5 Uhr,
in Dahlerbrück Donnerstag, den 7. September 1922,
9—12 Uhr, 2—5 Uhr,
in Herfeld Freitag, den 8. September 1922,
9—1 Uhr,
für den Grenzbezirk (im Amtshaus) Samstag, den
9. September 1922, 8—12 Uhr.
Lüdenscheid, den 2. September 1922
Der Amtmann.

Pferde-, Vieh- u. Fohlenmarkt

Montag, den 11. September 1922
in Wipperfurth.

Für die Einmachzeit

empfehle:

Week- und Ruffia- Konserven - Gläser

ferner:

Einmachgläser,
Steinzeug und
Einmachtopfe

in Größen von 30 bis 70 Liter

Pergamentpapier

etc. etc.

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-

bestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1339 Fernruf 1897 und 3965

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN i. W. G. m. b. H.

— Fernruf 3173. —

Treibriemen-Fabrik.

1383

Kernleder-Treibriemen für jede

Betriebsart. Riemenreparaturen

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderband: Näh- und
Bänderriemen: Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Milchversandscheine

liefert die

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schaltsmühle, Dahlebrück- und Kartoffel-Verforgung.

Wir sind nicht in der

Lage, sämtliche Verbraucher
unseres Bezirks mit hiesigen
Kartoffeln zu versorgen;

wir haben uns wohl ander-
weitig größere Mengen Kar-
toffeln sicher stellen lassen.

Dieserjenige Verbraucher,
Fabriken etc., die ihren
Bedarf an Kartoffeln zum

Einkellern noch nicht ein-
gedeckt haben, wollen diesen
bis spätestens 12. Sep-

tember ds. Js. bei der
unterzeichneten Stelle an-
geben. Als Preis gilt der

jeweilige Tagespreis, der
bei der Genossenschaft zu
erfahren ist

Bezugs- u. Absatzgenossen-
schaft Dahlebrück u. Unga.
e. G. m. b. H.

Wirt-Berein

Halver.

Donnerstag, 7. Septbr.,
nachm. 6 Uhr

Bersammlung

beim Kollegen R. Kresting,
Grünenbaum.

Das Erscheinen sämt-
licher Mitglieder ist drin-
gend erforderlich.

Der Vorstand.

Hier. Fabrikgech. sucht
möglichst per sofort tüchtigen

Chaffeur

gegen hohes Gehalt.
Angebote unter S. 1400
an die Geschäftsstelle des
Allgem. Anz., Halver.

Zigarren! Zigaretten!

Rauch- u. Kautabake
nur beste Qualitäten!

Echte Brunerpeifen
und -Nägen,
Zigarren- u. Zigarettenpfeifen,
Tabakdosen und -Beutel,
Zigarren- u. Zigarettenetuis
in großer Auswahl

empfiehlt

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Anzüge

Hosen
Schlupfer
erhalten Sie bei uns auf

Kredit
und bequemer

Abzahlung.
Reichhaltiges Lager
Reelle Bedienung.

Bekleidungs-Haus
„Westfalia“,
HAGEN i. W.
Elbersauer 10, Ecke Haldenst.

Eine gute

Ziege und 3 Hühner

zu verkaufen.

Von wem sagt die Ge-
schäftsstelle des Allgemeinen
Anzeigers, Halver.

Tiroler Zuchtvieh

direkt v. d. Genossenschaft
in Tirol ausfuhrfrei ver-
käuflich. Ausf. bei

Chefärzt Dr. Tuhner,
Wien II, Praterstr. 56.
(M 10. — f. Porto beilege n.



SOENNECKEN
BONNA-
FEDER

zu haben bei

Wilh. Bell jr., Halver.

Preislisten, Kataloge

für
die Klein-
eisenindustrie wer-
den als Spezialität schnell
u. preiswert angefertigt. Stelle
hierzu aus meinem
großen Vorrat Clichés
kostenlos zur Ver-
fügung.

Wilh. Bell jr., Halver i. W.